

Weiter „JA“ zu einer Demokratie-Enquête!

Um es vorwegzunehmen: Nach wie vor halte ich die Einsetzung einer Demokratie-Enquête im Deutschen Bundestag für eine äußerst wünschenswerte Sache. Das Thema „(Weiter)Entwicklung der Demokratie“ ist ja ein Dauerbrenner. Deswegen werden eigene Positionen stets weiter geschärft und mit frischen Argumenten angereichert. Alle Gedankenstränge hierzu im Folgenden aufzuführen, würde aber die Aufmerksamkeitsfähigkeit und den verfügbaren Platz sprengen.

Ich hatte 2011 geschrieben, dass viele politische Entscheidungen auf geringe Akzeptanz oder gar absolutes Unverständnis bei den Menschen außerhalb der politischen Apparate stoßen. Parlamente, die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr mitnehmen, Entscheidungen nicht transparent und nachvollziehbar machen, verlieren an Rückhalt in der Bevölkerung. Politikverdrossenheit und Demokratieskepsis sind 2013 immer noch vorhanden. Dies verwundert erst einmal nicht.

Mit der „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat sich nun fünf Monate vor der Bundestagswahl eine Anti-Euro-Partei konstituiert. Die Partei versucht genau diese herrschende Unsicherheit, Skepsis gegenüber politischen Entscheidungen und die Unzufriedenheit mit der Wirtschafts- und Europapolitik der Bundesregierung in ein rechtsnationales Fahrwasser zu lenken. Für eine lebendige Demokratie sind neue Parteien, die für „frischen Wind“ sorgen, gewiss nicht schädlich. Bedenklich wird es meiner Meinung nach aber dann, wenn mit Vorbehalten der Menschen zu stark auf der populistischen Klaviatur gespielt wird und das ganze Ansinnen – unterstützt von stinkreichen Mäzenen – recht schnell als bestenfalls rechtskonservatives, eher als radikal rechtes enttarnt wird. Die Aussagen aus der AfD-Führungsriege zu Hartz-IV-Beziehenden sind beispielsweise höchst bedenklich. Der AfD hilft der Deckmantel scheinbar honorierter Professoren und Großindustrieller hoffentlich nicht mehr lange.

Gerade dieses aktuelle Beispiel verdeutlicht einiges und zwingt uns zum Handeln: Politische Entscheidungen dürfen nicht nur „für“ die und „über den Köpfen“ der Bürgerinnen und Bürger gemacht werden, sondern müssen zusammen mit ihnen

entwickelt und transparent sowie verständlich gemacht werden. Politik muss sich öffnen. Ich denke, hieran hapert es immer noch.

Es ist und bleibt daher Aufgabe von Politik, Betroffene zu Beteiligten zu machen. Bürgerinnen und Bürgern treten mittels direkter Einflussnahme auf politische Entscheidungen und unmittelbarer Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben aus der Zuschauerrolle heraus. Genau dies stärkt Demokratie und die Menschenwürde.

In diesem Kontext wurden die Themen Solidarkommune und Beteiligungshaushalte in unserer Fraktion, aber nicht nur dort, weiterdiskutiert. Das Modell der Solidarkommune geht unter anderem davon aus, dass eine wirkungsvollere Bürgerbeteiligung samt kommunikativer Gegenmacht dringend notwendig ist. Eine transparente Verwaltung, die nachvollziehbare Entscheidungen trifft, kann ebenfalls dazu beitragen, Demokratieskepsis zu überwinden, wie dergleichen die Etablierung von Demokratie-Audits etc. Zu diesen Themen habe ich in diesem Jahr auch eine Kommunalpolitische Konferenz in meinem Wahlkreis Mansfeld-Südharz, genauer gesagt in Sangerhausen (Sachsen-Anhalt) veranstaltet.

In meinem Beitrag aus 2011 führte ich schlagwortartig einige Demokratiedefizite auf. Es ist klar, dass sich diese nicht über Nacht in Luft auflösen. Eines möchte ich als LINKER hier noch mal vor Augen führen: Die Demokratie in Deutschland krankt auch und besonders an fehlender sozialer Gerechtigkeit. Das ist ein Kernpunkt meiner Fraktion. So wie man Demokratie und Freiheit nicht trennen kann und darf, darf man gleichsam nicht Demokratie von sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität trennen. Denn eine rein formale Demokratie unter der Ägide eines abstrakten Freiheitsbegriffs möchte hoffentlich niemand haben.

Vor allem Formen direkter Demokratie sichern mehr politische Teilhabe und würden eine wertvolle Bereicherung unseres parlamentarischen Systems sein. Ein weiteres Kernanliegen von mir und meiner Fraktion. Doch Volksbegehren und Volksentscheide machen das parlamentarische System nicht überflüssig – dies bleibt mit seinen Fachgremien überaus wichtig. Mit dem Zusammenspiel repräsentativer und direkter Demokratie sollte sich eine Demokratie-Enquête auch grundsätzlich auseinandersetzen.

Auf Bundesebene haben wir einen Gesetzentwurf zur (dreistufigen) Volksgesetzgebung eingebracht (Bundestags-Drucksache 17/1199). Auf der ersten Stufe können Gesetzesvorlagen durch eine Volksinitiative von 100.000 Wahlberechtigten beim Deutschen Bundestag eingereicht werden. Für eine zweite Stufe – dem Volksbegehren – bedarf es einer Zustimmung von einer Million Wahlberechtigten innerhalb von 6 Monaten (2 Millionen bei Grundgesetzänderung). Entspricht der Deutsche Bundestag nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten dem Volksbegehren, so findet als dritte Stufe ein Volksentscheid statt, über den die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger abstimmen und der bei Erfolg, d.h. Mehrheit der abgegebenen Stimmen, auch für den Bundestag bindend ist.

Auf Länder- und kommunaler Ebene wünschen wir uns ebenso mehr direktdemokratische Verfahren und Entscheidungen (Bürgeranträge, Bürgerbegehren, Bürgerentscheide). Hier sind die Zugangshürden bzw. Quoren zu überdenken und bürgerfreundlicher zu gestalten. Direkte Demokratie muss alles in allem selbstverständlich werden und machbar erscheinen, der Ausnahmecharakter muss entfallen!

Eine Demokratisierung auch der Wirtschaft sowie eine solidarische Wirtschaftsordnung bleiben Kernanliegen der LINKEN. Auch und gerade um die angeblich immer stärker vorherrschende Sachzwanglogik in Wirtschaft und Sozialem zu durchbrechen. Neoliberalismus und Sozialabbau sind keine Sachzwänge, sondern menschengemacht! Demokratie kann nicht vom Wirtschafts- und Sozialsystem getrennt gesehen und verstanden werden.

Ich begrüße sehr die Gründung und Ausbreitung von Projekten der Solidarischen Ökonomie. Hier muss man verstärkt ein Auge für den Mittelstand und Kleinbetriebe haben. Schließlich sorgen soziale, ökologisch nachhaltige Unternehmen nicht nur für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen, sondern stellen prinzipiell soziale und ökologische Ziele über eine reine Profitorientierung. Damit leisten sie einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft und unser demokratisches System als Ganzes. Mit den Elementen der Selbstverwaltung, der Solidarität und der innerbetrieblichen Demokratie schaffen sie selbstbestimmte Arbeit, mit der sich die MitarbeiterInnen identifizieren können und fördern das Interesse an Partizipation und Emanzipation. Nicht zuletzt sind Betriebe der Solidarischen Ökonomie imstande aufgrund ihrer inhaltlichen Orientierung Pionierleistungen und Innovationen in Bereichen hervorzubringen, die von anderen Unternehmen – und leider auch oft vom

Staat – vernachlässigt werden (ökologische Landwirtschaft, Genossenschaften im Erneuerbare-Energien-Sektor etc.). Solidarische Unternehmen dürfen ihren spezifischen Charakter nicht verlieren und sind auf eine fortschrittliche, auf die Gesamtgesellschaft bezogene demokratische Wirtschaftspolitik angewiesen. Dazu gehört auch, dass ein starker Sozialstaat die notwendige Sicherheit schafft, damit sich Unternehmen der Solidarischen Ökonomie als emanzipatorische Projekte erfolgreich entwickeln können.

Des Weiteren trete ich immer noch für die Ergänzung der Parlamente durch Runde Tische oder Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen ein. In solchen Gremien sollten Gewerkschaften, Kommunen/kommunale Spitzenverbände, Verbraucherinnen und Verbraucher, soziale, ökologische und andere Interessenverbände vertreten sein.

Eine vitale Demokratie lebt von ihrer Weiterentwicklung. Dieses Fazit zog ich bereits in meinem Artikel von 2011. Es gibt, wie auch Roland Roth schrieb, kein universelles Modell von Demokratie. Das Ergebnis ist offen, es gibt keinen Endzustand der Demokratie. Eine Demokratie-Enquete könnte aber die Entwicklungsoptionen näher in den Blick nehmen.

Gut gefällt mir die von einem Kollegen ins Spiel gebrachte Idee eines „Demokratie-TÜV“. Ich setze mich ja als Mitglied des Finanzausschusses sehr für einen „Finanz-TÜV“ ein, der vor ihrer Zulassung Finanzinstrumente auf volkswirtschaftlichen Nutzen, Seriosität und Verbraucherfreundlichkeit untersucht – und notfalls die Zulassung verweigert. Ein „Demokratie-TÜV“ sollte auch Maßnahmen zur Stärkung und Ausweitung von Demokratie unter Zuhilfenahme von Fachverstand aus allen politischen Richtungen prüfen, „zulassen“ und der Politik zur dringenden Umsetzung anraten.

Es bedarf einfach tief gehender Strukturreformen, um ein Mehr an Demokratie auf allen Ebenen zu erreichen. Mehr Demokratie „wagen“ muss man dafür gar nicht! Dies ist ein Irrglaube. Demokratie darf nie als Wagnis gesehen werden.

Wir brauchen schlicht ein Mehr an Demokratie, besonders ein Mehr an sozialer Demokratie und Teilhabe, denn eine Demokratie „ohne Volk“, ohne dauerhafte

direkte Anbindung an den Willen des Volkes, kann kaum Demokratie genannt werden.

Harald Koch, MdB (DIE LINKE), ist Mitglied des Finanzausschusses, des Verteidigungsausschusses und des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt: *harald.koch@bundestag.de*